Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller. Verlagsleiter: Rudolph Gothner. Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hansch, Josef Ollig. Chefs vom Dienst: Rudolf Brüning, Manfred Schwark. Chefreporter: Wolfgang Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Erich Hoepfner (Inland), Dr. Gisela Schoeler (Ausland). Lokales: Wolfgang Schmidt, Stadtteile: Walter Künkler. Sport: C. F. Mossdorf. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Bilder: Marie-Luise Dalchow. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Ost-Reportage: Egbert A. Hoffmann. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald

Unruhiger Abend

Nach dem Grundgesetz ist es rechtens, eine Meinung zu haben (es muß nicht einmal die eigene sein), sie zu äußern und dafür zu demonstrieren. Das ist Freitag abend auf einer Kundgebung des linksradikalen Studentenbundes und seines jugendlichen Anhangs auf der Hamburger Moorweide geschehen. Man versuchte, sich gegen den „Aggressionskrieg der USA" in Vietnam zu erhitzen. „Aggressionskrieg" — ein böses, demagogisches Wort, das weder dem vietnamesischen Drama noch dem amerikanischen Verbündeten noch tieferen politischen Zusammenhängen gerecht wird.

Nicht strittig ist es, eine Meinung über diesen Krieg zu haben und sie zu äußern, mag sie auch von der offiziellen Politik der Regierung dieses Landes abweichen. Schwer ist es dagegen, Unparteilichkeit diesem Krieg oder jedem Krieg gegenüber zu wahren. Ist man informiert genug, um von fern her ein Urteil zu fällen, daß der Sache nach gerechtfertigt wäre? Sind die jungen Leute informiert genug, um eine große Nation der „Aggression" beschuldigen zu können? Manchen von ihnen ist anzusehen, daß sie gar nicht wissen, wovon sie sprechen oder schreien, wenn sie Ho Chi Minh und die Vietkong-Fahne hochleben lassen.

Nun, aus welchen Gründen auch immer — sie haben in Hamburg gegen die Amerikaner demonstriert. Gruppen von ihnen, darunter manche, die eine Hochschule oder auch nur eine höhere Schule noch nie von innen gesehen haben, sind dann weitergezogen, um in einem Aufwasch auch gegen andere und anderes zu demonstrieren. Davon war in der Innenstadt einiges zu hören. Es wurde zeitweilig auch örtlich ein unruhiger Abend ohne besondere Vorkommnisse, es sei denn Klamauk.

Daß es nicht zu Exzessen wie in anderen Städten kam, ist der Besonnenheit auf zwei Seiten zu verdanken. Einmal konnte bei der Polizei eine Geduld und Zurückhaltung beobachtet werden, die sich keinesfalls als Schwäche, vielmehr als eine die Anti-Stimmung dämpfende „elastische Kraft" erwies. Zum anderen gab es nicht wenige Studenten unter den weiterziehenden Demonstranten, die dem bloßen Krawall keinen Geschmack abgewinnen konnten. Ihr Anliegen war ganz offensichtlich die Diskussion zum ursprünglichen Thema in Ruhe und Sachlichkeit.

Vielleicht haben wenigstens diese jungen Menschen rechtzeitig den Unterschied bemerkt zwischen dem, was nach dem Grundgesetz eines freiheitlichen Staates und nach seinen Gesetzen erlaubt ist, und dem, was danach nicht erlaubt ist und auch nicht geduldet werden wird, wie Länderregierungen und Bundesregierung eben erst wieder bekräftigt haben. Der Unterschied besteht in der Anwendung unerlaubter Gewalt. wmh

Die Meinung der anderen

Vietnam-Krieg und kein Ende / Jeder Tag verschlimmert die Lage

Das schwere Dilemma der Amerikaner in Vietnam steht auch in diesem Wochenende im Mittelpunkt nahezu aller ausländischen Pressekommentare.

THE TIMES

Dazu die unabhängige Londoner „Times":

„Die Fotos in der Presse und im Fernsehen von Bombenangriffen der Beschützer Südvietnams auf eigene Städte, wobei die eigenen Leute ums Leben kommen, haben die amerikanische Öffentlichkeit für die Argumente der Korrespondenten in Saigon zumindest zugänglicher gemacht, daß der Krieg mit militärischen Mitteln nicht gewonnen werden kann und daß der politische Krieg überhaupt niemals geführt worden ist. In der Tat, da es schmerzlich deutlich wird, daß Vietnam nicht das Korea der fünfziger Jahre ist, regt sich der Gedanke, daß es sich hier um einen Krieg handelt, den die Vereinigten Staaten, ob unbesiegbar oder nicht, verlieren können."

La Nation

Die Stellungnahme der gaullistischen französischen Zeitung „La Nation":

„Angesichts des Bankrotts der Politik der Eskalation, die gezeigt hat, daß die Quelle des vietnamesischen Konflikts viel eher im Süden als im Norden liegt, müssen wir wünschen, daß die Amerikaner sich um eine politische Lösung bemühen und die vietnamesischen Realitäten so erkennen, wie sie bei der Rede de Gaulles in Pnom Penh dargelegt wurden. Früher oder später wird man sich zu einer Verhandlungslösung mit den wirklichen Gegnern bereitfinden müssen. Warum sollte man nicht die jüngsten Vorschläge Hanois nutzen?"

LE FIGARO

Der konservative französische „Figaro" meint:

„Um die Städte wieder einzunehmen, ist General Westmoreland gezwungen, der vietnamesischen Zivilbevölkerung schreckliche Leiden zuzufügen. Nun sind die Amerikaner aber nach Vietnam gekommen, um ‚die Bevölkerung gegen die kommunistische Diktatur zu verteidigen'. Welch seltsame Art der Verteidigung der Bevölkerung, wenn Städte in Ruinenfelder verwandelt werden und unter Zivilisten ein Blutbad angerichtet wird. Jeder Tag, der vergeht, verschlimmert die Dinge nur noch. Seit drei Jahren wiederholen die Amerikaner unablässig: Die Hauptsache ist es, den Geist und die Herzen der Bevölkerung zu gewinnen. Alles gibt zu der Überlegung Anlaß, daß die gegenwärtigen Ereignisse diejenigen, die noch zögerten, endgültig in das Vietkong-Lager einschwenken lassen. Das ist zweifellos das Hauptziel des Generals Giap. Wie werden die Amerikaner diesen Krieg der ‚Befreiung' fortsetzen können, wenn es offenkundig wird, daß die Gesamtheit der südvietnamesischen Bevölkerung sie dazu auffordert, ihm ein Ende zu setzen?"

DIE WELTWOCHE

Über die Entwicklung der FDP schreibt die schweizerische „Weltwoche":

„Im Grunde ging es dabei um eine ganz einfache Wahl: Ob man den neuen Rechtsextremismus der NPD, der schon manche verdrossen-nationalen Mittelständler aus der FDP zu sich herübergezogen hat, durch mehr oder minder verschämte Anpassung an seine Phraseologie das Wasser abgraben oder durch eine entschiedene ‚Öffnung nach links' mehr Anziehungskraft auf jene Kräfte entwickeln sollte, denen die koalitionsgezähmte SPD nicht mehr fortschrittlich genug vorkommt. Niemand hat das zwar in Freiburg offen ausgesprochen, aber den harten Auseinandersetzungen, die dort zwischen den weit auseinanderstrebenden Parteiflügeln ausgetragen wurden, lag letztlich nichts anderes zugrunde. Daß sich die Partei schließlich doch für den zweiten Weg entschied, schien gewiß nicht nur an der aufrüttelnden Eloquenz Dahrendorfs und an den Beschlüssen und Formulierungen zu liegen, mit denen der Konstanzer Ordinarius seine Politik der Mobilität' entwickelte. Dahinter steht auch etwas anderes: Die rapide soziale Umschichtung, die sich seit 1965 in der Anhängerschaft der FDP vollzogen hat."

Ein Senkrechtstarter, der nie fliegen wird

Deutsch-amerikanisches Projekt gestrichen

Deutsche Presse-Agentur - ap

Bonn, 10. Februar

Die deutsch-amerikanische Gemeinschaftsentwicklung eines senkrechtstartenden Kampfflugzeuges mit der Typenbezeichnung AVS ist gestoppt worden. Nach Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums werden die in der dritten Phase des Projekts vorgesehenen Prototypen nicht gefertigt. Insgesamt sind rund 40 Mill. DM für das Projekt ausgegeben worden.

Mit der Entwicklung des AVS-Flugzeuges waren von deutscher Seite der Entwicklungsring Süd und in den USA die Firma Fairchild-Hiller befaßt.

In der gemeinsamen Regierungsverlautbarung ist jetzt nur noch davon die Rede, daß die USA und die Bundesrepublik auch in Zukunft die an Senkrechtstarter zu stellenden Forderungen prüfen wollen.

In Kreisen des Parlaments und auch des Verteidigungsministeriums gibt es Bestrebungen, für die nächste Flugzeuggeneration (Nachfolger des Starfighters und der Fiat G - 91 in den 70er Jahren) möglicherweise eine „europäische Lösung" zu finden.

Bedenken der Industrie gegen Leber-Plan

Deutsche Presse-Agentur

Düsseldorf, 10. Februar

Seine Bedenken gegen den Leber-Plan hat der Bundesverband der deutschen Industrie in einer Denkschrift zusammengefaßt.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Professor Gustav Stein erklärte, die Industrie bejahe die geplante Entlastung der Straßen und die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bundesbahn. Über die Wege sei man sich aber nicht mit Verkehrsminister Leber einig. Die Bundesregierung müsse den Plan noch einmal überdenken. Das Parlament wird den Gesetzentwurf nächsten Dienstag beraten.

Vertriebenenministerium nur noch bis 1971?

Deutsche Presse-Agentur - ap

Bonn, 10. Februar

Das Bundesvertriebenenministerium dürfte noch bis 1971 in seiner bisherigen Form weiterbestehen. Die Ansicht vertrat Vertriebenenminister von Hassel in der „Neuen Rhein-Zeitung".

Für die Zeit danach werde eine Angliederung an andere Ministerien diskutiert, sagte der Minister. Über die Ostpolitik erklärte von Hassel dann: „Der Aussöhnung mit Polen kommt der gleiche Rang zu wie der Aussöhnung zwischen uns und Frankreich." Er hoffe, daß die Bundesrepublik auf der Grundlage unverzichtbarer Rechtsposition mit Polen ins Gespräch komme.

Voll besetzt waren die Regierungsbänke, als sich gestern der Bundestag mit den jüngsten Studentenunruhen in deutschen Großstädten beschäftigte. Der FDP-Vorsitzende Walter Scheel trat als erster Oppositionssprecher an das Mikrofon.

Bonn: Den Terror unterbinden!

Parteien und Regierung bekennen sich zur Verteidigung des Rechtsstaates

Eigener Bericht - dpa

haa-we-wy-fa **Hamburg, 10. Februar**

Während in einigen deutschen Großstädten auch gestern wieder jugendliche Demonstranten zu Protestaktionen auf die Straßen zogen, haben sich Sprecher aller drei Fraktionen des Bundestages und der Regierung in Bonn zur Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaates gegen systematischen Terror radikaler Elemente bekannt.

In einer „aktuellen Stunde" des Parlaments erkannten zwar alle Redner die Forderung nach einer Hochschulreform als berechtigt an. Gleichzeitig bekundeten sie aber auch ihre Entschlossenheit, gewalttätigen Übergriffen auf die rechtsstaatliche Ordnung entschieden entgegenzutreten.

In der kurzen, aber lebhaften Aussprache nahm — wie das Hamburger Abendblatt bereits in einem Teil seiner gestrigen Ausgabe berichtete — auch Bundeskanzler Kiesinger zu den anhaltenden Studenten- und Schülerunruhen Stellung. Vor vollbesetztem Haus stellte er fest, daß die Innenminister der Länder und die Polizei große Geduld und Zurückhaltung geübt hätten, um die Situation nicht zu verschärfen. „Diese Geduld", erklärte der Regierungschef, „wird von der militanten Minderheit nicht respektiert." Eine weitere Zurückhaltung würde von der Bevölkerung mit Recht den staatlichen Autoritäten als unverzeihliche Schwäche vorgeworfen werden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt (Hamburg) stellte sich vor die Polizei. „Diese Beamten haben ein Recht darauf, von ihren politischen Vorgesetzten klare Anweisungen und klare Führung zu erhalten", meinte er unter dem Beifall des Parlaments, „und in meinen Augen haben politische Vorgesetzte wenig Respekt verdient, wenn sie am Ort des Einsatzes die Polizei sich selbst überlassen und später kluge Worte machen!" Schmidt fügte aber auch hinzu, vielerlei Kritik der Jugend sei zutreffend, und wer darauf nicht höre und nicht antworte, sei möglicherweise „eine Schlafmütze oder ein Reaktionär."

Anschließend sagte der CDU/CSU-Vorsitzende Dr. Barzel, es sei kein studentischer Ulk mehr, wenn etwa Anleitungen zur Herstellung von Molotow-Cocktails gegeben würden. Das sei Terror. Das sei der Beginn von Aufruhr.

Als erster Oppositionssprecher griff dann der neue FDP-Vorsitzende Scheel in die Debatte ein. Er wandte sich gegen eine „antistudentische Hysterie" und gegen Behauptungen, die studentischen Unruhestifter seien von Moskau gesteuert. Dutschkes habe es zu allen Zeiten gegeben, argumentierte Scheel. Beunruhigend sei nur, daß man ihnen zuhöre. Die große Mehrheit der Jugend und Studenten sei aber nicht antidemokratisch, sondern wolle die Demokratie mit neuem Leben erfüllen.

Unmittelbar nach Schluß der Debatte fuhren rings um das Bundeshaus mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei auf, um das Bonner Parlamentsgebäude gegen eine angekündigte Studentendemonstration zu schützen. Der Polizeikordon erwies sich jedoch als überflüssig, da sich nur einige Dutzend Studenten vor dem Portal des Abgeordneten-Hochhauses einfanden. Ihren Wunsch, im Bundeshaus selbst mit den Abgeordneten zu reden, lehnte das Bundestagspräsidium ab. Mehrere Abgeordnete, unter ihnen die Hamburger Dr. Apel (SPD) und Rollmann (CDU), stellten sich jedoch den jungen Demonstranten zu einer Diskussion vor dem Bundeshaus.

In Baden-Württemberg haben gestern die Studenten an fast allen Universitäten und Hochschulen des Landes einen angekündigten Vorlesungsstreik wahrgemacht, mit dem sie gegen den Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung protestieren wollen. Zur gleichen Zeit haben in der Kieler Universität Studenten aus Protest gegen die derzeit bestehende Hochschulverfassung eine Konsortiumssitzung verlassen, auf der der Rektor für das Rektoratsjahr 1969 gewählt werden sollte.

In Freiburg, wo sich die Jugendkrawalle weiter zuspitzten, ging die Polizei erstmals mit Schlagstöcken gegen Demonstranten vor. Bei Tumulten vor dem Münchner Amerikahaus wurden mehrere Demonstranten und Polizisten verletzt.

Südvietnam verstärkt seine Streitkräfte

Präsident verlangt Notstands-Sondervollmachten

Deutsche Presse-Agentur - ap - upi

Saigon, 10. Februar

Eine beschleunigte Mobilisierung aller Streitkräfte und weitere Notstandsmaßnahmen hat Südvietnams Staatspräsident Van Thieu am Freitag angesichts der kommunistischen Offensive im ganzen Lande angekündigt. Er forderte das Parlament gleichzeitig auf, ihn zu ermächtigen, alle Finanz- und Wirtschaftsgesetze nur mit seiner Unterschrift in Kraft zu setzen.

Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- Entlassungen aus dem aktiven Wehrdienst werden nur noch aus Gesundheitsgründen gewährt,
- alle Reservisten bleiben auf unbestimmte Zeit im Militärdienst, die Veteranen werden wieder eingezogen.
- Studenten und Regierungsbeamte sollen eine militärische Ausbildung erhalten.

Mehrfach von Tränen unterbrochen berichtete Thieu, daß in den zwölf Tagen der kommunistischen Offensive in den Städten über 3000 Zivilisten getötet und rund 8000 verletzt wurden.

Die Lage am Freitag:

Saigon: Amerikanische Infanteristen wurden mit Hubschraubern als Verstärkung in den Kampf um das Chinesenviertel Cholon geflogen. Dort operiert noch immer ein intaktes Vietkong-Bataillon, das etwa 20 Häuserblocks besetzt hält. Etwa 700 bis tausend von ursprünglich etwa 4000 Vietkong-Eindringlingen vermutet man noch in der Hauptstadt. Sie scheinen auf ihren Entsatz zu warten. Von neun Stadtdistrikten Saigons gelten nur drei als sicher. Rund 100 000 Menschen sollen obdachlos sein.

Hué: In der alten Kaiserstadt ist es den sich langsam vorkämpfenden amerikanischen Marine-Infanteristen gelungen, den südlichen Teil der Stadt zurückzuerobern. Der Nordteil einschließlich der heißumkämpften Zitadelle befindet sich zum großen Teil noch immer in kommunistischer Hand. Die Häuserkämpfe dauern an. In der Stadt befinden sich 15 000 Flüchtlinge aus der Umgebung. Weitere 5000 kampieren in den Vororten. Elektrizitäts- und Wasserversorgung sowie die Kanalisation sind seit elf Tagen lahmgelegt.

Über das Schicksal der vermutlich in Vietkong-Gefangenschaft geratenen deutschen Ärzte aus Hue liegt bis zur Stunde nach Auskunft des Auswärtigen Amtes in Bonn keine Nachricht vor. Der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Keidel — zwei der Ärzte kommen aus Freiburg — hat Außenminister Brandt telegrafisch gebeten, alles Menschenmögliche zur Freilassung der Ärzte zu unternehmen.

Das deutsche Hospital-Schiff „Helgoland", das tagsüber in Danang an der Pier liegt, erwartet am heutigen Sonnabend den Besuch des deutschen Botschafters oder eines anderen Angehörigen der Botschaft in Saigon.

Das Deutsche Rote Kreuz und die südvietnamesische Botschaft in Bonn haben die Bevölkerung der Bundesrepublik dringend um weitere Hilfe für die schwergeprüfte Zivilbevölkerung Vietnams aufgerufen. Um Hilfe-Aktionen für zivile Opfer in Süd- und Nordvietnam unterstützen zu können, wurden Geldspenden auf das Postscheckkonto des DRK, Köln 1075, Stichwort „Vietnamhilfe" erbeten. Die südvietnamesische Bonner Botschaft hat ein Sonderkonto bei der Commerzbank Bad Godesberg, Konto-Nr 303 3032 unter dem Stichwort „Flüchtlingshilfe Vietnam" eingerichtet.

Wehrpflichtige werden beruflich gefördert

Von unserer Bonner Redaktion

haa. **Bonn, 10. Februar**

Durch Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes sind Bestimmungen in Kraft getreten, die für viele Wehrpflichtige Verbesserungen ihres beruflichen Werdegangs bedeuten. Nach Mitteilung des Verteidigungsministeriums gibt es folgende Regelungen:

- Zeiten des Grundwehrdienstes und der Wehrübungen werden auf Berufszeiten, die für die Meisterprüfung nachzuweisen sind, angerechnet. Verlangt werden nur noch drei Jahre echter Gesellentätigkeit.
- Bei jungen Beamten darf die Einweisung in eine Planstelle nicht über den Zeitpunkt hinausgeschoben werden, zu dem er ohne Ableisten des Wehrdienstes angestanden hätte.

Durch die Gesetzesänderung soll erreicht werden, daß der Wehrpflichtige beruflich möglichst keine Nachteile gegenüber den Nichtdienenden hat.

Minister Leber Ehrengast beim Schaffermahl

Ehrengast auf der die ährigen Schaffermahlzeit in Bremen war Bundesverkehrsminister Georg Leber (rechts). Zu den Genüssen, die hier alljährlich geboten werden, gehört auch ein Schluck Seemannsbier aus silbernen Humpen. Leber wandte sich in seiner Festrede gegen Flaggendiskriminierung und Flaggenprotektionismus in der Seeschiffahrt. Er ermahnte aber auch die Vertreter der deutschen Nordseehäfen, sich trotz aller Konkurrenz so oft wie möglich „an einen Tisch zu setzen", um im kommenden europäischen Wettbewerb bestehen zu können. (Siehe Seite 21)

BUNTE WELT

Scheidung auf englisch

Das britische Unterhaus hat in zweiter Lesung eine Neufassung des Scheidungsgesetzes verabschiedet, die eine gesetzliche Trennung im gegenseitigen Einverständnis ermöglicht. Die Gegner der Neufassung nennen die Vorlage „Karta für Casanovas".

„Heidesturm"

Ein dreitägiges Manöver hat am Freitag unter der Bezeichnung „Heidesturm" auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne begonnen. An der Übung nehmen rund 8000 Bundeswehr-Soldaten mit etwa 3000 Rad- und 700 Kettenfahrzeugen teil.

Gegen Wehrdienstmedaille

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages hat die bereits eingeplanten 500 000 DM für die Einführung einer Wehrdienstmedaille abgelehnt. Der Orden sollte nach Plänen des Verteidigungsministeriums an alle Dienstgrade „in Anerkennung einer ehrenhaft verbrachten Dienstzeit" in drei Klassen verliehen werden.

Wider den tierischen Ernst

Der 51jährige ehemalige dänische Außenminister Per Haekkerup erhält an diesem Wochenende in Aachen den Karnevalsorden „wider den tierischen Ernst". Zu seinen unkonventionellen Taten gehört, daß er samt Familie mit dem Fahrrad eine Moselwanderung machte.

Per Haekkerup

Pavillon für Osaka

Die Bundesrepublik hat einen Vertrag zur Errichtung eines Pavillons auf der Weltausstellung 1970 in Osaka unterzeichnet. Die für sie vorgesehene Ausstellungsfläche soll etwa 9400 Quadratmeter umfassen.

Besuch aus Libyen

Der libysche Ministerpräsident Abdel Hamid el Bakusch will im Laufe dieses Jahres insgesamt 13 Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, die Sowjetunion, Großbritannien und die USA, besuchen.

Athen: Schüler nicht schlagen!

In Griechenland ist die körperliche Züchtigung von Schulkindern durch die Lehrer verboten worden. Das Schlagen der Kinder wird als eine „anachronistische Erziehungsmethode" und als Straftat bezeichnet.

Gold für Unertl

Der 57jährige bayrische CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Xaver Unertl, von Beruf Viehkaufmann, Gast- und Landwirt in Birnbach (Rott), ist für die 40jährige Mitgliedschaft vom Bayrischen Sportschützenbund mit der „Goldenen Nadel" ausgezeichnet worden. Unertl hatte sich 1928 zum erstenmal am Oktoberfest-Landesschießen auf der Theresienwiese in München beteiligt, und zwar erfolgreich, wie es heißt.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 610 84 75. Bonner Red.: An der Heussallee 2-10, Haus VII, Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 23 84 34. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandpreise: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 29,5 Pf. Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 25,2 Pf. Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 31 Pf. Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 32 64, Anz. Hamburg 142 00.

Telefon 34 91 91

3 Tage kostenlos!

Wenn Sie jetzt den Lieferdienst des Hamburger Abendblattes unter der Telefonnummer

35 19 11

anrufen und Ihre Abonnementsbestellung aufgeben, dann kommt das ›Hamburger Abendblatt‹ am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag kostenlos zu Ihnen ins Haus.

Sie können natürlich auch den untenstehenden Bestellschein benutzen. Füllen Sie ihn aus, und schicken Sie ihn — im Briefumschlag oder auf eine Postkarte geklebt — noch heute an das ›Hamburger Abendblatt‹, 2000 Hamburg 36

BESTELLSCHEIN

Hiermit abonniere ich ab sofort das ›Hamburger Abendblatt‹ zum monatlichen Bezugspreis von 6,20 DM (einschließlich 29,5 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellgebühr). Inlandspreis bei Postbezug 6,50 DM. Die Ausgaben vom 13., 14. und 15. Februar erhalte ich kostenlos. Für die Zeit vom 16. bis 29. Februar zahle ich den Teilmonatspreis von 3,10 DM.

Name: ....

Anschrift: ....

....

(Bitte in Blockbuchstaben ausfüllen!) (102)